

und einen neuen Aufbruch. Die deutsche Sozialdemokratie steht seit mehr als 152 Jahren für ein mutiges, fortschrittliches und solidarisches Land. Jetzt geht es erneut darum, Sorgen ernst zu nehmen, Ängste zu überwinden und Vertrauen aufzubauen. Gleichzeitig wollen wir auch wieder Begeisterung wecken für einen politischen Aufbruch!

Denn Wahlerfolge sind nicht die politische Dividende für die Leistungen der Vergangenheit, sondern ein Vertrauensvorschuss der Menschen für die überzeugendsten politischen Zukunftskonzepte. Deswegen sollte unsere Perspektive auf »Deutschland 2025« gerichtet sein mit dem Leitgedanken: Sicher leben in einer offenen Gesellschaft. Als stolze Reformpartei, die mit Mut und Hoffnung auf eine bessere Zukunft setzt und Sicherheit und Modernisierung nicht gegeneinander stellt.

Wir werden das eine nicht ohne das andere erreichen. Sicher können wir nicht sein ohne die Öffnung nach außen: Ohne internationale Partner, globale Vernetzung und Innovationsbereitschaft. Sicher können wir auch nicht leben ohne die innere Öffnung unserer Gesellschaft für mehr Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Ohne den Abbau von Blockaden gegenüber Teilhabe und sozialen Aufstieg. Ohne den Abbau von Diskriminierungen nach Herkunft, Alter, Geschlecht, Familienform oder sexueller Orientierung. Dieser Kompass wird wegweisend sein für unsere Programmarbeit in den nächsten Jahren und wird 2017 zu einem Regierungsprogramm der SPD führen, aus dem eine klare sozialdemokratische Alternative für die Zukunft unserer Gesellschaft hervorgeht. Wir müssen das sozialdemokratische Versprechen erneuern.



Sigmar Gabriel

ist SPD-Parteivorsitzender, Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Mitherausgeber der NG|FH.

sigmar.gabriel@spd.de

Nils Heisterhagen

Sicherheit durch Wandel

Die SPD auf Bundesebene hängt im 25 %-Loch fest. In den Analysen, die es mittlerweile in großer Zahl gibt, wird mal der fehlende inhaltliche Spin, mal die Linkspartei, mal personelle Unzulänglichkeit, mal die erodierenden lokalen Verankerungen, mal die Bedeutungslosigkeit in den neuen Bundesländern und mal die konservative Stimmung im Land als Ursache für die mangelnde Attraktivität der SPD ausgemacht.

Was also braucht die SPD, um wieder auf die Beine zu kommen? Meine Antwort lautet: Sie braucht eine Geschichte; von der Gegenwart im Land und für die Zukunft des Landes. Nur mit einer glaubwürdigen und stringenten Erzählung hat sie wieder Chancen bei der Wählerschaft Zuspruch zu finden.

Doch diese Metageschichte darf die SPD nicht allein deswegen entwerfen, weil sie gewählt werden will. Das wäre nicht authentisch und würde als strategisches Handeln schnell entlarvt. Die Wählerinnen und Wähler machen nur dann das Kreuz bei der SPD, wenn diese ihnen plausibel, ehrlich und aufrichtig vermitteln kann, vor welchen Herausforderungen Deutschland steht, und Lösungen anbietet. Und diese Angebote

müssen zugleich ein Dach haben, unter dem sie kommunikationsfähig sind. Nur dann werden sie als in sich geschlossen wahrgenommen.

Welchen Titel aber könnte diese Dachgeschichte tragen und was sollte darunter subsumiert werden? Ich möchte das Motto »Sicherheit durch Wandel« ins Spiel bringen. Es erinnert an das Motto der SPD im Wahlkampf 1998 »Sicherheit im Wandel«. Begünstigt wurde diese SPD-Erzählung damals allerdings durch eine Wechselstimmung. Die Deutschen hatten genug von Helmut Kohl. Er wurde vor allem erst einmal abgewählt. Die SPD war dann die Glückliche, die den Unmut zu ihren Gunsten wenden konnte. Für die damalige Situation bedurfte es einer Geschichte, die deutlich machte, dass ein Politikwechsel zwar vonnöten war, die SPD aber programmatisch keineswegs stürmisch vorangehen werde, sondern einen Reformismus allenfalls behutsam vollzöge. Die Deutschen brauchten das, denn sie sind zumeist eher zurückhaltend, besonnen und vorsichtig, manchmal gar risikoscheu. Reformen kann man ihnen nicht einfach vorsetzen und nacheinander durchboxen. Das ist ihnen zu viel an Veränderung auf einmal. Wenn man ihnen aber einen Veränderungsbedarf plausibel erklärt, zugleich versichert, dass man sich dafür ausreichend Zeit nimmt, und darüber hinaus verspricht, dass Wandel nicht Unsicherheit bedeutet, dann sind sie auch bereit, sich darauf einzulassen.

Man könnte diesen deutschen Hang zum sicheren Gefühl – im Angelsächsischen unter dem Begriff *German Angst* bekannt – als kulturelle Konstante beschreiben, an die sich jeder Wahlkämpfer in Deutschland zu halten hat, wenn er denn gewählt werden will. Zugleich gibt es aber immer Ausnahmen von der Regel. Willy Brandt etwa boxte in seiner ersten Legislaturperiode als Bundeskanzler gleich eine ganze Reihe von Reformen durch und er stellte den Reformismus sogar als Leitlinie seiner ganzen »Politik der inneren Reformen« dar. Er wollte »mehr Demokratie wagen« und verkündete in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969: »Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an«. Die SPD unter dem Kanzler Brandt glaubte, Deutschland geistig-institutionell neu gründen zu müssen und tat es. Das Demokratisierungskonzept, die Bildungsexpansion, aber auch die neue Ostpolitik, all das hatte zwar nicht revolutionären, aber doch sehr stark umwälzenden Charakter. Brandt schaffte es so – und bislang schaffte es keiner nach ihm –, die Deutschen von der Idee des Wandels zu überzeugen. Unter ihm wurden Reformen nahezu begeistert aufgenommen und gefordert. Man mag sagen, dass die Union bei der Bundestagswahl 1969 stärkste Fraktion wurde und man daher keineswegs von Begeisterung für den Wandel sprechen konnte. Doch wählten die Deutschen Brandts SPD am 19. November 1972 mit 48,9 % der Erststimmen und 45,8 % der Zweitstimmen. Die Deutschen mochten den Reformismus – offensichtlich.

Gerade ist wieder so eine Zeit, wo wir einen Reformismus bräuchten. Und es ist nicht so, als hätte die SPD es im Wahlkampf 2013 nicht versucht. Sie versucht immer wieder viel zu versprechen. Sie kündigt immer wieder den großen Wurf an – und alle nach Brandt scheiterten damit. Es gibt nun aber einerseits einige Gründe dafür, warum momentan dieses Verlangen nach dem großen Wurf inhaltlich richtig ist, und andererseits einige Gründe dafür, anzuerkennen, dass es Deutschland doch gar nicht so schlecht geht.

Und hier kommt das überwölbende Motto »Sicherheit durch Wandel« ins Spiel, das sich wesentlich von dem Motto »Sicherheit im Wandel« von 1998 unterscheidet. Diese Leitlinie kann in der momentanen Phase des deutschen Zurücklehns und Erinnerns an vergangene Erfolge neue progressive Reformbewegung initiieren. Der momentane Zeitgeist ist eine lahme Ente, und für eine Veränderung gegen jenen Wohlfühlstillstand

*Der momentane
Zeitgeist ist eine
lahme Ente*

hilft zurzeit nur, verständlich zu machen, dass Reformen gut und nicht schlecht für dieses Land sind.

Die Geschichte »Sicherheit durch Wandel« weiß darum, dass die Deutschen mit der Regierung Merkel größtenteils zufrieden sind und daher keine Wechselstimmung existiert. Aber sie macht unnachgiebig klar, dass dieses Land in einem Reformstau steckt, der aufgelöst werden muss. Die neue Geschichte redet Deutschland nicht schlecht, sondern erkennt an, dass es Deutschland zurzeit besser geht als vielen anderen Ländern. Die Wirtschaft brummt, die Beschäftigung liegt auf einem Rekordniveau, und wir sind Fußballweltmeister. Deutschland ist eine Insel der Glückseligen in einer eher chaotischen Welt.

Aber ganz anders als das Dogma der Union, welches besagt, dass es Deutschland gut gehe, und man jetzt einfach den Haushalt konsolidieren und makroökonomische Stabilität erzeugen müsse, ansonsten im Sinne einer liberal-konservativen Staatsabneigung aber vor staatlichem Reformismus zurückschrecken sollte, formuliert die neue progressive Geschichte wesentliche gestalterische Ziele. Die zentralen Botschaften dabei sind: Wir leben in einer Gesellschaft, in der die Mehrheit mit dem Status quo zufrieden ist und Sorgen vor Reformen hat, die dieses temporäre Glück zerstören könnten. Wenn Reformen aber ausbleiben, kann es sozial wie wirtschaftlich schnell wieder schlechter aussehen. Deutschland geht es zwar ordentlich, es könnte aber nicht nur noch viel besser sein, sondern die Gefahr des Abstiegs besteht, wenn wir jetzt nichts ändern. In Deutschland ist nicht alles schlecht aber vieles auch noch nicht wirklich gut.

Um die Zukunft zu sichern, ist es daher wichtig sich einzugestehen, dass Deutschland gerade von der Substanz lebt, dass diese aber schnell aufgezehrt sein kann. Daher kann nur durch aktiven Wandel ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität, die Deutschland zurzeit hat, erhalten bleiben.

Wir erleben eine Zeit gewaltiger Umbrüche. Die Digitalisierung wird das Arbeits- und Privatleben weiterhin substanziell verändern. Für die Digitalisierung der Wirtschaft bräuchte es dafür vorsorgend eine kluge digitale Wirtschaftsförderung, eine digitale Infrastruktur, die den Namen verdient, eine Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik 4.0 sowie eine Agenda für IT-Sicherheit. Nur mit einer Agenda für die digitale Wende lässt sich die soziale Absicherung sichern und wird es möglich die Chancen zu ergreifen, die in der Digitalisierung liegen.

Der demografische Wandel ist zudem der meist unterschätzte Risikofaktor der deutschen Gesellschaft. Wenn ab 2020 die Babyboomer-Generation nach und nach in Rente geht, dann könnten nicht nur zunehmend massenhaft Arbeitskräfte fehlen, son-

Warum braucht das Land Reformen?

dern der jungen Generation würden noch mehr Belastungen aufgedrückt, als sie heute schon zu tragen hat. Aber anstatt dass sich die Regierung um eine Fachkräfteinitiative bemüht, um dem drohenden Mangel vorzubeugen, oder Ganztagskitas ausbaut und qualitativ besser ausstattet, das Elterngeld durch eine Elternteilzeit erweitert und vor allem die Steuerbelastung für die Mittelschicht senkt, verabschiedet sie lieber Rentenpakete. Nicht nur die Union, auch die SPD fügt sich so einer Zukunftsverschleierung durch die alternde deutsche Mehrheitsgesellschaft. In dieser regen sich Ressentiments gegen Einwanderer – und generell gegen das Fremde und Unbekannte. Dabei bräuchte Deutschland gerade qualifizierte Einwanderer. Ein echtes Einwanderungsgesetz und eine damit verbundene Verbesserung des Asylrechts sind also dringend notwendig.

Der dritte Punkt auf einer neuen Agenda für Deutschland sollte der Bereich der inneren und äußeren Sicherheit sein. Dieses Thema ist einer progressiven Partei nicht

in die DNA geschrieben, wird doch die Kompetenz für Fragen der Sicherheit meist eher konservativen Parteien zugerechnet. Doch die Bedrohungen im Inneren durch zunehmende Kriminalität und im Äußeren durch den weltweiten Terrorismus oder den Ukraine-Konflikt sind allgegenwärtig. Die Deutschen sorgt dies. Um die innere Sicherheit zu verbessern, müsste die Polizei verstärkt, die Strafgesetze verschärft und zugleich ein umfangreiches Programm ethischer Bildung an Schulen etabliert werden, um Kriminalität vorsorgend einzudämmen. Zur Erhöhung der äußeren Sicherheit bedürfte es der Generalüberholung einer zunehmend veralteten Bundeswehrtechnik und zudem neuer geopolitischer Initiativen zum Kampf gegen den Terrorismus, die maßgeblich von Deutschland mit initiiert werden könnten. Ein Heraushalten aus den internationalen Krisen wird jedenfalls die Bedrohungssituation in Deutschland langfristig eher erhöhen als senken. Einer bellizistischen Rhetorik soll damit keinesfalls das Wort geredet werden.

Der vierte wesentliche und zugleich zentralste Punkt, warum Deutschland Reformen braucht, ist der Umstand, dass wir nicht in einer sozialen, sondern in einer subjektivierten Arbeitsgesellschaft leben, in der jeder für seinen Erfolg selbst verantwortlich gemacht wird. Diese Subjektivierung hat Folgen für das Maß an sozialer Ungleichheit bei den Lebenschancen in Deutschland. Denn der Staat hält sich mehr und mehr aus der aktiven Förderung heraus. Beim Bildungserfolg liegt zum Beispiel der Erklärungsbeitrag der Herkunft bei über 50 %, wie Forscher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung berechnet haben. Um daran etwas zu ändern, bräuchte es kleinere Klassen, mehr Lehrer, durchgängige Ganztagschulen, mehr Förderung durch das BAföG für mehr Antragsberechtigte und höhere Weiterbildungszuschüsse. Das alles kostet Geld – viel Geld. Doch Deutschland finanziert laut der aktuellen OECD-Studie »Bildung auf einen Blick 2014« seine Bildung immer noch unterdurchschnittlich. Das ist eine Katastrophe.

Zudem sollte eine förderungs- und qualifizierungsintensive Arbeitsmarktpolitik etabliert werden. Der damit verbundene Herkunftsausgleich wäre zugleich im Sinne eines »vorsorgenden Sozialstaates« in der Zukunft auch weit kostenreduzierender, weil die nachsorgende Alimentierung durch den Sozialstaat geringer ausfiele. Denn je qualifizierter die Fachkräfte, desto wahrscheinlicher werden sie auch einen sicheren Arbeitsplatz bekommen.

Diese Förderungspolitik sollte durch höhere Steuern auf Kapital und einen höheren Spitzensteuersatz bei Arbeitseinkommen finanziert werden. Das Motto der Steuerpolitik muss lauten: »Prekär Beschäftigte und Mittelschicht entlasten und Oberschicht angemessen belasten«. Diejenigen, die mehr als genug haben, müssen für die Finanzierung eines vorsorgenden Sozialstaates in die Verantwortung genommen werden. Und dies kommunikativ erfolgreich zu vermitteln, wäre eine echte sozialdemokratische Leistung, für die die SPD erneut als Medium der Sicherung des deutschen Fortschritts und der sozialen Balance in Deutschland Geschichte schreiben würde.

Die SPD *muss* wachsen. Und wenn die Partei es schafft, von der Notwendigkeit von Reformen und der Rückkehr des Staates zu überzeugen, dann *wird* sie wachsen. Doch sollte sich die Sozialdemokratie die Bescheidenheit bewahren, dass es letztlich den Wählerinnen und Wählern egal ist, wie stark die SPD ist. Sie wählen nicht nur die SPD, am Ende wählen sie vor allem eine Idee.



Nils Heisterhagen

ist Junior Policy Fellow bei dem Think Tank »Das Progressive Zentrum«. Zudem ist er Referent beim Vorstand der Gewerkschaft IG Metall.

Nils.Heisterhagen@igmetall.de